



Presseschau vom 23.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Dan-news.info: „Um 23:50, vor dem Inkrafttreten eines weiteren Waffenstillstands, haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82 und 120mm auf das Gewerbegebiet bei **Jasinowataja** und eine Reihe Dörfer im **Nowoasowskij-Bezirk** der Republik eröffnet“, teilte das operative Kommando der Republik mit. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Dan-news.info: „Die Vereinbarung über einen „Neujahrswaffenstillstand“ ist bereits in Kraft getreten. Unsere Einheiten erfüllen die gestellten Aufgaben wie immer streng, das Regime der Ruhe wird im vollen Maße eingehalten“, teilte ein Vertreter des operativen Kommandos der DVR mit.

de.sputniknews.com: Bundesbank nennt Summe deutscher Investitionen in Russland
Deutsche Geschäftsleute haben in den ersten drei Monaten des scheidenden Jahres nach Angaben der Bundesbank 2,2 Milliarden Euro in Russland investiert. Das sei die höchste Zahl seit Beginn der Wirtschaftskrise 2014, sagte der Vorstandschef der Deutschen Auslandshandelskammer (AHK) in Moskau, Matthias Schepp.

„Die befragten Unternehmen kündigten auch höhere Investitionen an als im laufenden Jahr. „Gut möglich, dass die deutschen Russland-Investitionen 2018 deshalb noch höher ausfallen als 2017“, sagte Schepp.

Einer AHK-Umfrage zufolge sehen die deutschen Unternehmen in Russland ihre Geschäftsaussichten für 2018 trotz zahlreicher Probleme vorsichtig optimistisch. Ihre wirtschaftliche Entwicklung beurteilen 71 Prozent als stabil, über 60 Prozent verzeichneten in diesem Jahr ein Umsatzplus.

Die russische Wirtschaft war wegen fehlender Reformen über Jahre in die Krise gerutscht, die dann durch den niedrigen Ölpreis und die Sanktionen im Ukraine-Konflikt von 2014 verschärft wurde. Erst in diesem Jahr verzeichnet Russland wieder ein Wirtschaftswachstum. Als größte Hindernisse für ihr Geschäft in Russland werten die deutschen Firmen weiterhin Bürokratie, schwankende Wechselkurse, Protektionismus und die gegenseitigen Sanktionen. Im Februar will die US-Regierung über eine Verschärfung der Strafmaßnahmen entscheiden. Für 2018 erwartet die russische Regierung ein BIP-Wachstum um etwa drei Prozent.

Armiyadnr.su: Trotz der Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung hat die ukrainische Armee am 23. Dezember ab Mitternacht das Gebiet von **Jasinowataja** beschossen und dabei Schusswaffen und automatische Granatwerfer verwendet. Im Gebiet von **Gorlowka** und **Golmowskij** wurde die Verwendung von Mörsern verschiedenen Kalibers durch den Gegner bemerkt. Opfer und Zerstörungen werden derzeit noch ermittelt. In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die OSZE-Mission und die ukrainische Seite im GZKK, diesen Fall von Verletzung des Regimes der Ruhe von Seiten des ukrainischen Militärkommandos festzuhalten und auf die vom Kommando der sogenannten ATO nicht kontrollierten Einheiten und deren Kommandeure einzuwirken, die erreichten Vereinbarungen einzuhalten.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Losowoje und Kalinowka**. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Seit Beginn des 23. Dezember wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht festgestellt, die Kiewer Truppen halten das Regime der Feueereinstellung ein.

de.sputniknews.com: **Schoigu vergleicht Militäretat Russlands und der Nato-Länder**
Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat die Ausgaben Russlands und der Nato-Länder für die Streitkräfte miteinander verglichen, berichten am Samstag die russischen Medien.

Ihm zufolge ist der Militärhaushalt Russlands ausgewogen und wird im Jahr 2018 46 Milliarden Dollar (knapp 38,8 Milliarden Euro) oder 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.

„In den USA dagegen übersteigt er 700 Milliarden Dollar (ca. 590 Milliarden Euro), in Großbritannien sind es etwa 60 Milliarden Dollar (knapp 50,6 Milliarden Euro), in Deutschland und Frankreich – jeweils 40 Milliarden Dollar (ca. 33,7 Milliarden Euro). Kommentare sind hier überflüssig“, sagte Schoigu in der bilanzziehenden Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums, an der auch Präsident Wladimir Putin teilnahm. Wie Putin betonte, werden die Militärausgaben im Weiteren abnehmen. Er forderte die Militärs auf, sich auf den Intellekt, die Disziplin und die Organisiertheit zu stützen. „Im nächsten, im kommenden Jahr werden es in Prozenten zum BIP etwas mehr als 2,8, etwa 2,85

Prozent sein. Dann werden es langsam sogar noch weniger“, so der Präsident.

Am 14. Dezember hatte der Staatschef mitgeteilt, dass Russlands Militärausgaben im Jahr 2018 etwa 2,8 Billionen Rubel (ca. 40,5 Milliarden Euro) betragen werden. Ihm zufolge wird sich das keineswegs auf die Sozialsphäre auswirken. In den kommenden drei Jahren seien für die Verteidigungsausgaben im Etat insgesamt etwa 6,8 Billionen Rubel (ca. 98,3 Milliarden Euro) vorgesehen.

Nach einer Einschätzung des ehemaligen russischen Finanzministers Alexej Kudrin, der jetzt den Rat des Zentrums für strategische Ausarbeitungen leitet, sind Russlands Verteidigungsausgaben in den letzten sechs Jahren von 2,5 bis auf 3,1 Prozent des BIP gestiegen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31789/20/317892077.jpg>

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **23 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **14 Ortschaften der Republik** mit Artillerie und Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Poroschenko enthüllt „Bösartigkeit des ukrainischen Regimes“
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat in seiner Rede zum 100. Jahrestag des diplomatischen Dienstes des Landes von der Bösartigkeit des ukrainischen Regimes gesprochen. Die Videoaufnahme seines Auftritts ist auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht. „Liebe Freunde! Keiner weiß von der Bösartigkeit des ukrainischen Regimes besser als wir, die Ukrainer“, sagte Poroschenko.

Diesen Gedanken ließ er dann aber einfach in der Luft hängen und wechselte zum Kampf der „zivilisierten Welt gegen den russischen Imperialismus“ und zur entscheidenden Rolle Kiews in dieser „Schlacht“.

Den Diplomaten des Landes stellte der ukrainische Präsident die „Aufgabe“, „alles Mögliche zu unternehmen, damit die erfolgreiche europäische Integration der Ukraine für immer einen Schlusspunkt in den Versuchen Moskaus setzt, uns in ihre, wie sie meinen, Einflussosphäre zurückzuholen“.

Die Ukraine habe zwar den Krieg noch nicht gewonnen, so Poroschenko weiter, aber der Sieg stehe ganz sicher noch bevor.

Zuvor war berichtet worden, dass die EU-Kommission einen Bericht über die Mechanismen der Einstellung der Visafreiheit für die Ukraine veröffentlicht habe. Von Kiew werde verlangt, Antikorruptions-Reformen durchzuführen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Visaerleichterung darstellen würden. Derzeit sei die EU weiterhin mit der Tatsache unzufrieden, dass die ukrainische Regierung der Arbeit der Staatsanwaltschaft, des Nationalen Antikorruptions-Büros und der Nationalen Agentur für den Anti-Korruptions-Kampf im Wege stehe.

Dnr-online.ru: Alle großen Produktionsunternehmen, die im Frühjahr 2017 unter äußere Leitung der DVR gestellt wurden, setzen ihre Arbeit fort. Dies berichtete der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Tatsächlich war der März in diesem Jahr „heiß“. Tatsächlich setzen alle Unternehmen, die von der ukrainischen Seite aufgegeben wurden und ihre Arbeit aufgrund der Wirtschafts- und Transportblockade eingestellt hatten, heute ihre Tätigkeit fort. Solche Fabriken wie die Makejewker Metallfabrik, die Jenakiewer Metallfabrik und die Donezker Metallfabrik, alle drei arbeiten erfolgreich, die Menschen erhalten Arbeitslöhne. Wenn wir über das Dokutschajewsker Gesteinskombinat sprechen und die Komsomolker Grubenverwaltung – beide Unternehmen sind auch in Betrieb“, sagte er.

Dabei lenkte Alexej Granowskij die Aufmerksamkeit darauf, dass das staatliche Unternehmen „Dokutschajewsker Gesteinskombinat“ an der vordersten Verteidigungslinie liegt. „Und jeden Tag wird das Territorium von den ukrainischen Streitkräfte beschossen. Es gibt Fälle, wo ukrainische Scharfschützen auf dem Territorium des Kombinats Menschen getötet haben – vor einigen Monaten starb so eine Frau. Dort arbeiten sehr heldenhafte Menschen. Dank ihrer wurde das Unternehmen wieder in Betrieb genommen und setzt seine Arbeit fort. Die Arbeiter des Dokutschajewsker Gesteinskombinats sind gezwungen, praktisch an die vorderste Front zu fahren, um die Pumpen zu warten, die das Wasser aus den Steinbrüchen abpumpen. Und sie reparieren die Ausrüstung unter Beschüssen, damit die Stadt Dokutschajewsk, grob gesagt, nicht unter Wasser gerät“, erklärte der Minister.

Ukrinform.ua: Poroschenko und Tillerson koordinieren Positionen über Friedenstruppen im Donbass

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hatte gestern ein Telefongespräch mit dem US-Außenminister Rex Tillerson, bei dem sie die Situation im Donbass erörtert haben, entnimmt man der Webseite des ukrainischen Staatsoberhauptes.

„Die Gesprächspartner haben die Verschärfung der Lage im Donbass wegen der zunehmenden Zahl der Angriffe seitens der prorussischen Kämpfer und des unverantwortlichen Austritts der russischen Offiziere aus dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination des Waffenstillstands im Donbass erörtert“, heißt es in der Mitteilung.

Poroschenko und Tillerson haben auch die Positionen zur Stationierung von UN-Friedensmission im besetzten Teil von Donbass koordiniert.

Poroschenko bedankte sich für die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland, für die konsequente Unterstützung durch Washington der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und die UN-Resolution über die Krim. Tillerson stellte fest, dass die Vereinigten Staaten die Ukraine weiter unterstützen werden.

Auch wurde der Fortschritt der ukrainischen Reformen besprochen.

de.sputniknews.com: Trump entzieht Ukraine Handelspräferenzen

Der amerikanische Präsident Donald Trump hat für die Ukraine die Geltung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ausgesetzt, da Kiew ungenügende Bemühungen zum Schutz der

intellektuellen Eigentumsrechte unternimmt. Dies berichtet die Geschäftszeitung „Wsgljad“ in ihrer Online-Ausgabe vz.ru am Samstag.

Laut Trump „wird es richtig sein“, das APS (engl. — General System of Preferences, GSP) in Bezug auf mehrere Arten der ukrainischen Produktion „zu stoppen“.

Es werde das „im Rahmen des APS eingeführte zollfreie Regime ausgesetzt“, meldet die Agentur Ria Novosti.

Das Allgemeine Präferenzsystem (APS), das Entwicklungsländern Handelspräferenzen gewährt, berechtigt die Exporteure zu einer zollfreien Einfuhr eines breiten Warenspektrums in die USA. Die Modalitäten des APS werden jedes Jahr neu festgelegt. Sollten für eine bestimmte Ware nicht mehr die APS-Regeln gelten, so kommt das dem Entzug einer wichtigen Handelsvergünstigung gleich.

Die USA kritisieren die Ukraine seit langem wegen Piraterie in Bezug auf intellektuelles Eigentum. Doch die frühere US-Regierung meinte, dass es wegen der politischen Lage nicht zweckmäßig sei, Sanktionen gegen Kiew zu verhängen



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31625/22/316252271.jpg>

ukrinform.ua: Hrojsman: Ich bin gegen Verkauf von ukrainischen Ackerflächen an Ausländer
Der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman hat gestern auf der jährlichen Abschlusspressekonferenz erklärt, er sei gegen den Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken an ausländische Bürger und große Agrarunternehmen, berichtete ein Korrespondent von Ukrinform.

„Ich möchte, dass der Verkauf von Ackerflächen zu einem ernsten Halt für die ukrainische Landwirtschaft wird. Ich bin dafür, dass die ukrainischen Landflächen nur an Ukrainer, ukrainische Bauern verkauft werden, und dazu in begrenzten Mengen. Aber ich bin dagegen, dass ukrainisches Land an Ausländer verkauft wird, und ich werde sein Verkauf an große Agrarkonzerne nicht unterstützen. An Weltkonzerne, oder ukrainische Konzerne, das spielt keine Rolle. Ich denke, das ist falsch. Kurzfristig würde das vielleicht einen Anstoß für Investition im Land geben, aber langfristig, denke ich, nicht“, sagte Hrojsman.

FB-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 23.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, sowie bereits an anderer Stelle angegebener Folgen der Beschüsse im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk gestern morgen - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 495.

Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1040.

Nachmittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben den „Neujahrswaffenstillstand“, der heute um Mitternacht in Kraft getreten ist, wenig mehr als elf Stunden eingehalten, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Bereits um 12:35 wurden aus Richtung Krymskoje mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Frunse beschossen.

Ich möchte anmerken, dass die Soldaten der Volksmiliz der LVR mit dem Befehl der Leiters der Koordination der Volksmiliz Nr. 1087 vom 22.12.2017 „Über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung“ bekannt gemacht wurden und dies mit ihrer Unterschrift bestätigt haben, er wurde auch in den Medien veröffentlicht, im Unterschied zum ukrainischen Kommando“, teilte Marotschko mit.

de.sputniknews.com: Schlussstrich im Gasstreit: Ukraine zahlt Gazprom 2 Mrd. \$ - Poroschenko feiert Sieg

Ein Stockholmer Schiedsgericht hat am Freitag das endgültige Urteil im Streit zwischen dem russischen Lieferanten Gazprom und dem ukrainischen Erdgasversorger Naftogaz verkündet. Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, spricht vom historischen Sieg seines Landes, schreibt die Zeitung „RBC“ am Samstag.

Wie Poroschenko laut seinem Pressedienst betonte, ist der Ausgang der Verhandlung im dem Stockholmer Schiedsgericht aus der Sicht der nationalen Sicherheit des Landes „außerordentlich wichtig“. „Hätte die Ukraine vor Gericht verloren, würde sie mit der direkten Gefahr der Zahlungsunfähigkeit konfrontiert sein“, sagte er im Gespräch mit dem Naftogaz-Chef Andrej Kobolew.

Seinerseits sprach Kobolew von einer „positiven Entscheidung zu allen Punkten“. Poroschenko gratulierte dem Unternehmen, der Regierung und „dem ganzen Volk der Ukraine“ zu der Tatsache, dass „es die Ukraine gelernt hat, europäische Gerichte zu nutzen und ihre Interessen zu verteidigen“.

Das Gerichtsurteil im Streit zwischen Naftogaz und Gazprom, der seit 2015 andauerte, hatten beide Unternehmen am Freitag bekannt gegeben. Beide Seiten erklärten, ihren Forderungen sei größtenteils stattgegeben worden. Von russischer Seite wurde betont, dass Naftogaz für geliefertes Gas über zwei Milliarden Dollar plus Verzugszinsen ab dem 22. Dezember nachzahlen und ab dem nächsten Jahr fünf Milliarden Kubikmeter Gas abnehmen und bezahlen müsse.

Bei Naftogaz hieß es, das Schiedsgericht habe die Gazprom-Forderung, nach der „Take or pay“-Klausel für nicht bezogenes Gas im Zeitraum 2009-2017 insgesamt 56 Milliarden Dollar zu zahlen, abgelehnt. Somit habe Naftogaz einen „positiven Nutzen“ in Höhe von über 75 Milliarden Dollar aus dem Urteil ziehen können.

Zudem sei Naftogaz laut der Gerichtsentscheidung nicht verpflichtet, für Gaslieferungen in die selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk aufzukommen. Dafür müssten diese Gebiet Gazprom zahlen, meinte der ukrainische Gasversorger.

Lug-info.com: Mitteilungen des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko

Heute hat die Leiterin des Pressedienstes des US-Außenministeriums Heather Nauert mitgeteilt, dass die USA entschieden haben, der Ukraine „hoch entwickelte Verteidigungsmittel“ zu liefern und sie fügte hinzu, dass „die Hilfe der USA ausschließlich defensiven Charakter hat“, aber weigerte sich, Einzelheiten des Beschlusses bekannt zu geben. Zuvor hatten westlichen Massenmedien mitgeteilt, dass Washington die Absicht hat, Kiew „tödliche Waffen“ zu liefern, darunter auch Antipanzerraketensysteme Javelin, die es „defensiv“ nennt.

Die Entscheidung der USA über die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine ist ein weiterer Schritt zur Eskalation des Konflikts im Donbass.

Wenn sie eine solche Entscheidung treffen, müssen die westlichen Partner der Ukraine wissen, dass diese Waffen von den ukrainischen Streitkräften ausschließlich gegen friedliche Einwohner eingesetzt werden. Die Anwendung solcher Waffen gegen zivile Stadtteile, Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten ist bereits normale Praxis.

Wir wollen auch das ukrainische Kommando vor Absichten, den Konflikt auf militärischem Weg zu lösen, warnen und daran erinnern, dass im Fall einer Aktivierung der Kämpfe sie ihre neuen Waffen verlieren könnten, wie dies beispielsweise während des Kessels von Debaltsevo der Fall war.

Unausweichlich wächst die Zahl der Fälle von Diebstahl von Munition durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone.

de.sputniknews.com: Putin: „Es gibt keine Macht, die Russland stoppen kann“

Russland wird laut Präsident Wladimir Putin von einem Sieg zum nächsten übergehen. Es gebe keine Macht, die Moskau stoppen könne. Putin betonte zugleich, dass Russland keine Konfrontation mit anderen Ländern anstrebe.

„Unsere Macht richtet sich auf den Schutz vor äußeren Gefahren, dem Terrorismus“, sagte Putin bei dem Parteitag der Regierungspartei „Geeintes Russland“ am Samstag. „Wir suchen nach keiner Konfrontation mit wem auch immer und werden das auch nicht tun. Wir werden weiterhin eine offene und ehrliche Außenpolitik betreiben.“

Wie der russische Präsident ausführte, ist Moskau bereit, sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten „auf der Grundlage des Vertrauens und der Gleichberechtigung“ zusammenzuarbeiten. „Wir werden aber die Sicherheit unserer Bürger und die internationalen Interessen unseres Volkes niemals aufopfern“, unterstrich Putin

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **dreimal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm-Mörser, Schützenpanzeraffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 49 Geschosse abgeschossen. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Logwinowo, Losowoje und Kalinowka.**

Nach dem Inkrafttreten des „Neujahrswaffenstillstands“ haben die Kiewer Truppen das Regime der Feueereinstellung **zweimal** verletzt.

Im Gebiet von Makarowo hat ein Soldat der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig die Positionen verlassen und hat Munition mitgenommen, um sie später zu verkaufen. Beim Versuch, das Diebesgut in einem der Häuser zu verstecken, erfolgte eine Detonation, in deren Folge zwei friedliche Einwohner verletzt wurden und der Soldat selbst schwer verletzt wurde, was zur Amputation beider Hände führte.

Das Kommando der Brigade bestreitet die Beteiligung ihres Soldaten an dem Vorfall.

Die ukrainische Seite verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Stationierung von verbotenen schweren Waffen.

Im Gebiet von Olchowoje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, hat der Gegner Positionen von zwei 240mm-Mörsern 2S4 „Tjulpan“ eingerichtet.

Im Abstand von acht Kilometern von der Kontaktlinie am südlichen Rand von Muratowo, Nowoajdarskij-Bezirk, wurden vier 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“ stationiert.

de.sputniknews.com: **So wollen USA der Ukraine beim Schutz ihrer Souveränität helfen**
Washington will „fortgeschrittene Defensivwaffen“ an die Ukraine liefern, um den Schutz ihrer territorialen Integrität und Souveränität zu sichern, heißt es laut Medien in einer Erklärung der Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert.

„Die USA haben beschlossen, der Ukraine fortgeschrittene Defensivwaffen als Teil unserer Bemühungen um die Unterstützung der Ukraine beim Aufbau ihrer langfristigen Verteidigungsmöglichkeiten und bei der Abwehr weiterer Aggressionen zu liefern. Wir haben immer gesagt, dass die Ukraine ein souveräner Staat sei und das Recht habe, sich zu verteidigen“, so Nauert.

Beim US-Außenministerium wurden zwar keine Details zum diesbezüglichen Abkommen mit Kiew verraten. Aber wie der US-Fernsehsender ABC wenige Stunden vor der offiziellen Bekanntmachung des Abkommens unter Berufung auf eigene Quellen mitteilte, gehe es möglicherweise um den Verkauf von Panzerabwehrraketen Javelin.

Wie es weiter hieß, soll das Waffenpaket 210 Panzerabwehrraketen und 35 Startrampen im Gesamtwert von 47 Millionen US-Dollar umfassen. Laut dem ABC-Bericht soll US-Präsident Donald Trump in nächster Zeit über die besagten Waffenlieferungen an Kiew informieren. Der Pressesprecher des Rates für nationale Sicherheit, Marc Raimondi, verweigerte jeden Kommentar zu diesem Thema.

Trump hatte am Donnerstag die Lieferung von Scharfschützengewehren M107A1 samt Munition und dazugehöriger Ausrüstung im Gesamtwert von 41,5 Millionen Dollar gutgeheißen. Zuvor war „die kommerzielle Lizenz für den Export“ von großkalibrigen Scharfschützengewehren Barrett M107A1 sowie von Munition und Ersatzteilen dafür vom US-Außenministerium genehmigt worden.

Eine Woche zuvor hatten die kanadischen Behörden der Lieferung von todbringenden Waffen an die Ukraine zugestimmt.

Indes hat der republikanische US-Senator John McCain die Lieferung von Scharfschützengewehren an die Ukraine als „einen ersten Schritt“ bezeichnet. Die Lieferungen von Scharfschützen- und Panzerabwehrwaffen würden der Ukraine helfen, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu schützen, betonte McCain.

Das russische Außenministerium hat die USA und Kanada in einer offiziellen Erklärung dazu aufgerufen, sich Gedanken über die persönliche Verantwortung für die Waffenlieferungen an die Ukraine zu machen, die Kiew „zu neuen Militärabenteuern“ verleiten könnten.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.**

In Richtung Donezk hat der Gegner auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** acht Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 44 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen sowie mit Antipanzerlenkraketen und verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Feind die Gebiete von **Werchnetorezkoje und Sajzewo** mit Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte 21 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf die Gebiete von **Sosnowskoje und Leninskoje** abgeschossen.

Insgesamt wurden bis zum Beginn des „Neujahrswaffenstillstands“ **23 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unter Nutzung des begonnenen Waffenstillstands hat der Gegner die Maßnahmen zur Verstärkung seiner Einheiten in der ATO-Zone fortgesetzt.

Unter anderem wurde von unserer Aufklärung die Verlegung von drei zusätzlichen Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und von 100 Mann aus dem „Rechten Sektor“ in den Verantwortungsbereich der 128. Panzergrenadierbrigade bemerkt.

Außerdem ist ein Bataillon der 79. Luftsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der 59. Panzergrenadierbrigade eingetroffen.

Nach dem Beginn des „Neujahrswaffenstillstands“ hat die **Intensität der Beschüsse von Seiten der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte abgenommen.** Der Gegner hat die erfolglosen Versuche, uns zur Erwidern des Feuers zu provozieren, nicht unterlassen und hat unsere Positionen mit Mörsern, Schusswaffen und automatischen Granatwerfern beschossen.

Ich will unterstreichen, dass alle Einheiten der Volksmiliz den Befehl über die Unzulässigkeit, auf diese Art von Provokationen zu reagieren, erhalten haben und widerspruchslos die Anweisung des Kommandos befolgen.

Kpu.ua: Überfall auf Komsomolzen

Heute, am 23. Dezember 2017, hat eine Meute von neonazistischen Gangstern das Büro der KPU überfallen, wo die Komsomolzen der Ukraine sich für ein Plenum versammelt hatten. Derzeit versuchen die Banditen aus Asow und anderen kriminellen Gruppierungen, die vom Innenministerium und vom Sicherheitsdienst der Ukraine kontrolliert werden (was einer der Anführer der neonazistischen Organisation C14 Karas in einem Interview offen erklärt hat), in das Gebäude einzudringen.

In dem blockierten Gebäude befindet sich außer dem Büro der KPU auch Räume einer Bildungseinrichtung, wo Kinder sind.

Die vor Ort eingetroffene Polizei hat lange Zeit passiv das Geschehen beobachtet und dann Tränengas verwendet, als die Neonazisten versuchten, hinter Erste-Hilfe-Ärzten in das Gebäude einzudringen.

Die KPU erklärt, dass alle Angriffe von Banditen auf Mitglieder der Partei, Komsomolzen und Andersdenkende unmittelbar auf Anweisung und finanziert durch die politischen Kräfte, die in der Folge eines bewaffneten Staatsstreichs im Februar 2014 die Macht ergriffen haben, erfolgen.

Die KPU schickt genauere Informationen über das weitere Verbrechen der oligarchisch-nazistischen Junta an internationale Rechtsschutzorganisationen, an die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die OZSE und das UN-Büro für Menschenrechte.

de.sputniknews.com: Unbekannte Hubschrauber in Afghanistan: Moskau will von Nato „vernünftige Antwort“

Moskau hat keine vernünftige Antwort von der Nato zu unbekanntem Hubschraubern bekommen, die Waffen und Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS/Daesh) nach Afghanistan bringen. Dies gab der russische Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiter der Zweiten Asien-Abteilung im russischen Außenministerium, Samir Kabulow, bekannt.

„Das äußere Sponsoring des afghanischen ‚Flügels‘ des IS löst in diesem Kontext unsere besondere Beunruhigung aus. Wir haben schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass Hubschrauber ohne Kennzeichen in verschiedenen Regionen der IRA (Islamische Republik Afghanistan – Anm. d. Red.) zwecks Verlegung von IS-Terroristen und Waffen westlichen Musters für diese Terrormiliz eingesetzt werden“, sagte Kabulow.

Laut dem Politiker hatte Moskau das Problem dieser unbekanntem Hubschrauber bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrats über die Lage in Afghanistan angesprochen und hofft auf einen umfassenden Bericht der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan. „Wir stellen diese Frage regelmäßig den Nato-Partnern, die den Luftraum in Afghanistan tatsächlich kontrollieren, aber eine vernünftige Antwort haben wir bislang nicht gehört“, so Kabulow weiter.

Zuvor hatte das russische Außenministerium auf die in den Medien auftauchenden Meldungen hingewiesen, dass die Nato- sowie US-Truppen den IS in Afghanistan unterstützen würden, und dazu aufgerufen, diese Informationen zu prüfen.

Die USA hatten im Jahr 2001 in Afghanistan eine militärische Antiterror-Operation gestartet, später wurden im Land mit Unterstützung des UN-Sicherheitsrates die internationalen Sicherheitskräfte (ISAF) unter Nato-Kommando entfaltet. Die US-geführte Antiterrorkoalition und die ISAF führten den Kampf gegen die Terrorkämpfer der Taliban-Bewegung und der Terrorgruppierung Al-Qaida. Im Jahr 2014 wurde das Kampfkontingent der Nato-Länder aus Afghanistan abgezogen, und ab 1. Januar 2015 wurde die Kampfoperation durch die nichtkämpferische Mission „Entschlossene Unterstützung“ („Resolute Support“) abgelöst.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Nach den gegenüber der ukrainischen Seite vorgebrachten Beschuldigungen, das Regime des „Neujahrswaffenstillstands“ unter Nutzung von Mörsern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen verletzt zu haben, um die Streitkräfte der DVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren, hat der Gegner begonnen, eine Taktik von Scharfschützenbeschüssen zu verwenden. So wurden um 15:40 von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Marjinka aus Aktivitäten von Scharfschützengruppen in Richtung Trudowskije festgestellt. Wir erinnern die ukrainische Seite an den geltenden „Neujahrswaffenstillstand“ und haben nicht vor, auf Provokationen einzugehen.

de.sputniknews.com: Putin appelliert: Russland nicht wie „liebe Oma“ behandeln
Russland soll laut Präsident Wladimir Putin nicht wie eine „liebe Großmutter“, sondern wie ein junges und in die Zukunft blickendes Land behandelt werden.

Am Samstag trat Putin beim Parteitag der Regierungspartei „Geeintes Russlands“ mit einer Rede auf. „Russland ist ein Land mit einer tausendjährigen Geschichte, aber wir sollten es nicht wie eine liebe Oma behandeln, ihr immer Medikamente geben, damit ihr nichts weh tut, und uns damit zufrieden geben. Von wegen!“, sagte Putin.

Russland müsse hingegen zu einem jungen und nach vorne blickenden Land gemacht werden, betonte er weiter.

Mit jedem Jahr rücke dieses Ziel näher. Aber um es wirklich zu erreichen, müssen laut Putin

wichtige Aufgaben wie Änderungen im Gesundheits- und Bildungssystem und Entwicklung der Infrastruktur erfüllt werden.

Ohne dies könne nämlich eine weitere Schlüsselaufgabe nicht erfüllt werden, die darin bestehe, der Wirtschaft einen innovativen Charakter zu verleihen sowie die Digitalisierung und Biotechnologien voranzubringen. „Das können kranke, ungebildete Menschen nicht zustande bringen, in der modernen Welt ist das alles direkt miteinander verbunden“, fügte der russische Staatschef hinzu



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31882/08/318820816.jpg>

Dnr-online.ru: In der letzten Woche sind bei der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Informationen über Festnahmen von sieben Personen eingegangen....

Nach operativen Angaben, Stand 22. Dezember, werden von der ukrainischen Seite 475 Menschen festgehalten, darunter:

- 253, deren Aufenthalt auf ukrainischem Territorium bestätigt ist;
- 222, über die keine Informationen vorliegen oder von der ukrainischen Seite ermittelt werden. In diese Liste wurden die o.g. sieben Personen aufgenommen.

In der letzten Woche sind beim Apparat der Bevollmächtigten keine Vermisstenmeldungen eingegangen. Außerdem wurde festgestellt, dass fünf Menschen lebend gefunden wurden, 3 wurden für tot erklärt.

Zum Stand am 22.12.2017 sind in der Liste der Vermissten 444 Personen. Es ist möglich, dass auch sie sich in ukrainischer Gefangenschaft befinden.

de.sputniknews.com: Ukraine: Ab jetzt typische "Männerberufe" für Frauen zugänglich
Das ukrainische Gesundheitsministerium hat die Liste der Berufsverbote für Frauen aufgehoben, berichtet das Portal Rosbalt.ru unter Berufung auf die Webseite des Ministeriums.

„Ich möchte daran erinnern, dass die Liste von 450 für Frauen verbotenen Berufen durch den Erlass 256 festgelegt war. Das Dokument hatte den Frauen faktisch die Freiheit der Wahl geraubt und für ihre ungleiche Stellung gegenüber Männern gesorgt“, schrieb die Abgeordnete der Werchowyna Rada, Irina Suslowa.

Die abgeschaffte Verbotsliste hatte Berufe wie U-Bahn-Fahrer, Schiffsmotorenwärter, Fernbusfahrer und andere umfasst

Abends:

de.sputniknews.com: **Polen dringt: Russische Offiziere müssen in Donbass zurück!**

Das polnische Außenministerium hat sich in einer Erklärung am Samstag an die russische Regierung mit der Bitte gewandt, Offiziere in das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass (GZKK) zurückzuschicken.

Warschau sei über die Eskalation des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine tief besorgt, die auch die OSZE-Sonderbeobachtermission ihrerseits bestätigt habe.

„Die Zahl der Brüche des Waffenstillstandes im Donbass hat ein Niveau erreicht, das seit Januar nicht mehr verzeichnet worden war“, geht aus der Erklärung hervor.

Der Abzug russischer Offiziere aus dem GZKK habe zu einer Verstärkung der Spannungen geführt. Polen betrachte diesen Schritt als einen neuen Versuch, die Sicherheit der Beobachter zu verletzen und ihre Möglichkeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiter einzuschränken.

„Wir hoffen, dass die russische Seite eine Entscheidung über die unverzügliche Rückkehr in das GZKK treffen wird“, heißt es abschließend.

Am Dienstag war berichtet worden, dass alle russischen und ukrainischen Offiziere aus dem gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass erfolgreich die Berührungslinie überquert hätten. Laut dem Sprecher der selbsternannten Donezker Volksrepublik Russlan Jakubow war der Abzug der russischen Offiziere erzwungen und aus diesem Grund vorzeitig.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am Donnerstag bei einem Telefonat mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel erläutert, dass die ukrainische Regierung eine Zeit lang durch diverse Beschränkungen und Provokationen die Präsenz russischer Militärs und die Umsetzung ihrer Pflichten behindert hätte. Darüber hinaus habe die ukrainische Seite auf die wiederholten Vorschläge zur Regelung der entstandenen inakzeptablen Lage nicht reagiert.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31874/90/318749052.jpg>

dnr-news.com: **Arsenij Jazek wurde auf dem Genfer Flughafen auf Antrag Russlands festgenommen**

Der ehemalige Premierminister der Ukraine Arsenij Jazenjuk wurde auf dem Flughafen in Genf festgenommen. Dies berichtet auf ihrer Facebook-Seite die Pressesprecherin des Politikers Olga Lappo.

„Wie absurd auch die Vorwürfe der russischen Ermittler, so haben sie dennoch reale Folgen. Arsenij Jazenjuk, der mit seiner jüngsten Tochter nach Genf geflogen war, wurde an der Passkontrolle auf Antrag Russlands festgehalten – wegen all der absurden Anklagepunkte bezüglich der Teilnahme an Militäroperationen in Tschetschenien“, schrieb Lappo. Ihren Worten nach wurde Jazenjuk nach 10 Minuten wieder freigelassen, aber gewarnt, dass eine solche Prozedur auch beim Abflug möglich sei.

de.sputniknews.com: „Zeit, ehrlich zu sein“: Johnson spricht sich über Russlands Stellung zu Assad aus

Der britische Außenminister Boris Johnson hat sich in einem Interview mit dem russischen TV-Sender „Rossija 1“ über Russlands Haltung zum syrischen Präsidenten Baschar al-Assad geäußert.

„Was Syrien betrifft, denke ich, dass es an der Zeit ist, miteinander ehrlich und realistisch zu sein“, sagte Johnson.

„Russland hat seine Ansicht über die Position Assads, ich denke nicht, dass das eine bedingungslose Unterstützung ist. Dennoch hat Russland ihn an der Macht gehalten. Na gut, das ist schon berechtigt, das ist ihre Wahl. Ich glaube aber, dass es nach seinem Rücktritt besser laufen würde.“

Wie der britische Chefdiplomat hinzufügte, muss nun in erster Linie das Leben der syrischen Bevölkerung verbessert werden.

„Einige Menschen haben mir davon abgeraten, nach Russland zu fahren: Die Beziehungen seien zu kompliziert und es mache keinen Sinn, hieß es. Ich halte das für falsch. Es spielt keine Rolle, wie kompliziert die Beziehungen sind. Man muss in einen Dialog treten und zusammenarbeiten“, schloss Johnson.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR

Die ukrainische Seite verstärkt trotz der Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung weiterhin das Feuer entlang der Kontaktlinie. So hat der Gegner zielgerichtet mit Schützenpanzern auf zivile Infrastrukturobjekte im Gebiet von **Dokutschajewsk und Spartak** geschossen. Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Telefonat Merkel-Poroschenko: Rückkehr russischer Beobachter in Donbass bewirken**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat laut dem Vize-Sprecher der Bundesregierung, Georg Streiter, am Freitagabend mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko unter anderem den Abzug der russischen Militärberater aus dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung (GZKK) im Donbass telefonisch besprochen.

Wie es in einer Pressemitteilung der Bundesregierung heißt, haben sich Merkel und Poroschenko dafür ausgesprochen, dass die russischen Offiziere rasch wieder in das GZKK zurückkehren sollten. „Sie fassten ins Auge, dass zu diesem Zweck Fachleute aus Deutschland und Frankreich in den nächsten Tagen vermittelnd tätig werden“, heißt es ferner. Poroschenko hatte zuvor am Freitag laut Medienberichten ebenso mit US-Außenminister Rex Tillerson den Abzug der russischen Offiziere aus dem Koordinierungszentrum besprochen. Das gemeinsame ukrainisch-russische Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe hatte seine Arbeit in der Ostukraine im September 2014 aufgenommen. Das Zentrum war auf Bitte der russischen Seite geschaffen worden und sollte bei der Umsetzung der Minsker Abkommen helfen...

ukrinform.ua: Poroschenko und Merkel sprechen über Freilassung von Geiseln

Die Entscheidung über die Freilassung der ukrainischen Geiseln muss bis Ende des Jahres umgesetzt werden, hieß es während des gestrigen Telefongesprächs zwischen dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, berichtete der Pressedienst des ukrainischen Präsidenten.

„Petro Poroschenko und Angela Merkel haben die Wichtigkeit der Umsetzung der Entscheidungen, die zur Freilassung der ukrainischen Geiseln vor Ende des Jahres führen werden, betont“, heißt es in dem Bericht.

Die Seiten haben auch die in der letzten Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe am 20. Dezember erreichten Vereinbarungen über einen allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Waffenstillstand ab der Mitternacht des 23. Dezember im Zusammenhang mit den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen unterstützt.

Die Anführer der beiden Länder zeigten ihre ernste Besorgnis über die Eskalation der Situation im Donbass durch Russland und von ihm unterstützten Rebellen.

Poroschenko und Merkel bedauerten Russlands Entscheidung über den einseitigen Austritt seiner Vertreter aus dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass. „Sie haben auch die Schritte zur Aufnahme der vollständigen Arbeit des Zentrums diskutiert“, teilte der Pressedienst mit.

Der Präsident der Ukraine dankte der deutschen Bundeskanzlerin für die Entscheidung, die EU-Sanktionen gegen Russland um die nächsten sechs Monate zu verlängern, und informierte sie über die Freigabe des Prozesses zur Schaffung des Antikorruptionsgerichts in der Ukraine.